



**Betreff:**  
**Aufnahme von Jesidinnen (Yezidinnen) in Potsdam ermöglichen**

öffentlich

**bezüglich**  
**DS Nr.: 17/SVV/0456**

Erstellungsdatum	02.11.2017
Eingang 922:	02.11.2017

Einreicher: FB Soziales und Gesundheit

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
08.11.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

**Inhalt der Mitteilung:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit Beschluss 17/SVV/0456 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, vorbereitende Gespräche mit der Landesregierung zu führen und die Beteiligung weiterer Gemeinden und Kommunen an dieser Initiative anzuregen. Der Stadtverordnetenversammlung soll dazu regelmäßig Bericht erstattet werden.

Bezüglich der Aufnahme von Jesidinnen in der Landeshauptstadt Potsdam ist die Landeshauptstadt an das Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg herangetreten. Auf Landesebene liegt ein gleichlautender Beschluss vor. Dieser Beschluss ist aktuell durch die Landesregierung noch nicht umgesetzt.

Mit fehlenden konkreten Rahmenbedingungen auf Landesebene sind Ansatzpunkte für eigene Potsdamer Aktivitäten zur Aufnahme von Jesidinnen außerhalb des regulären Asylverfahrens bisher nicht gegeben.

Die Verwaltung bleibt diesbezüglich weiterhin im Kontakt mit dem Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg.

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

Fazit finanzielle Auswirkungen:

Oberbürgermeister
-------------------

Geschäftsbereich 1
--------------------

Geschäftsbereich 2
--------------------

Geschäftsbereich 3
--------------------

Geschäftsbereich 4
--------------------

--

--